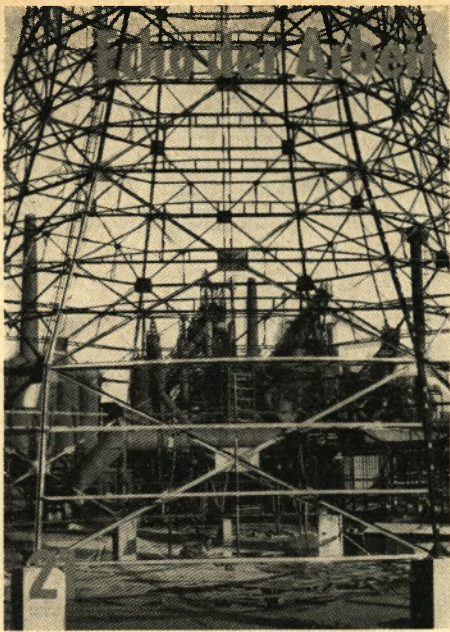


Echo der Arbeit

HUTTENWERK OBERHAUSEN AKTIENGESELLSCHAFT

21

Verlagspostamt Oberhausen/Rheinland
Nur für Betriebsangehörige • November 1958



Ein imposantes Gerippe aus Stahl steht gegenwärtig an der Mülheimer Straße und versperrt die Sicht auf die Hochöfen, aber unser Fotograf machte aus der Not eine Tugend und aus dem Stahlskelett des neuen Kühlturms ein recht interessantes Titelbild. Wenn in Kürze die Anstreicher die Schutzfarbe aufgetragen haben, wird das Rieselwerk eingebaut. Erst dann erhält der Turm seine Verkleidung aus Well-Eternit und damit sein charakteristisches Aussehen. Der neue Kühlturm wird 4000 Kubikmeter Wasser in der Stunde durchsetzen; mit dieser Leistung bleibt er um 2000 Kubikmeter unter der Leistung des Nachbarkühlturms, der im vorigen Jahr errichtet wurde.

JAHRGANG 9 18. NOV. 1958

21

Eisenhüttenstag 1958:
Gedämpfter Optimismus

+

Konzentration wirtschaftlicher Macht

+

„Walsum“ wird abgesenkt

+

Sprachrohr der Belegschaft

+

Tempoarbeit an der „Blauen Brücke“

+

Wichtiges über den Scheck

+

HOAG-Chronik

+

Hochofen A

ECHO DER ARBEIT

Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Rainer Bockhorst, Oberhausen (Rhld.), Essener Str. 66 (Hauptverwaltung). ECHO DER ARBEIT ist eine zweimal monatlich erscheinende Werkzeitschrift für die Mitarbeiter der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Die Zustellung erfolgt kostenlos. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten, Oberhausen (Rhld.). Klischees: Vignold, Essen. — Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar.

Kein falsches Heldentum

„Man legt Blumen und Geschenke an seinen Standplatz, zückt die Linsen nach ihm, schreibt ihm Beifallsbezeugungen“, so heißt es in der Süddeutschen Zeitung von dem Bonner Polizisten Hahlbohm, dem der Bundesverteidigungsminister zu einer neiderregenden Publizität verhalf. Die Zeitung kommt dann zu dem Ergebnis, daß wir unsere Erwartungen von Zivilcourage bereits so weit zurückgeschraubt haben, daß sie schon von einem Akt reiner Pflichterfüllung übertroffen werden.

Uns scheint, dieses Verhalten einer wohlmeinenden Öffentlichkeit sei typisch für manches, was wir auch bei uns im Werk beobachten. Da meldet sich jemand bei einer Betriebsversammlung zur Diskussion und macht einige kritische Bemerkungen, und schon geht es ähnlich wie beim Polizisten Hahlbohm: Man steckt raunend die Köpfe zusammen. Da vertritt jemand in einer Besprechung eine andere Meinung als sein Vorgesetzter oder berührt gar ein Thema, von dem man weiß, daß es der Chef am liebsten nicht zu behandeln wünscht, und schon nehmen ihn nachher die Kollegen beiseite, sagen ihm, wie sehr sie sein Mut gefreut habe, aber mit einem Ton, wie wenn man einem Todkranken gute Besserung wünscht; denn daß man auf diesen Mann stolz sein kann, er aber auch einiges auszustehen haben werde, darüber gibt es für sie in diesem Augenblick keinen Zweifel.

Die Unart, jeden Widerspruch, ja bald jede Äußerung einer eigenständigen Meinung als einen Akt rühmenswerter Zivilcourage zu preisen, könnte resignierend hingenommen werden, wenn sie nicht Ursache bedenklicher Erscheinungen wäre. Aus dieser Überbewertung rührt nämlich die mißtrauische Empfindlichkeit, die wir allenthalben erleben. Wird einem Mann, der frei seine Meinung sagt, ebenso frei entgegnet, so wittert man dahinter den Versuch einer Einschüchterung. Wird jemand, der in der Betriebsversammlung (und bei größeren Besprechungen haben wir das gleiche schon erlebt) Kritik geübt oder Vorschläge gemacht hat, zu einem Vorgesetzten gerufen, dann geht es wie ein Lauffeuer durch die Hallen oder Büros: „Siehst du, jetzt wird er fertiggemacht!“ Kommt er dann zurück und berichtet, daß die Besprechung oben eigentlich sehr freundlich verlief, ist man enttäuscht; denn man hat seinen Mitmenschen offensichtlich zu voreilig zum Helden gestempelt.

Der Irrtum, jemand, der eine eigene Meinung habe, beweise damit schon Zivilcourage, schafft jene tragischen Figuren, die auch zwischen uns herumlaufen, jene Leute, die von sich selbst klagend sagen, eigentlich seien sie ja Dummköpfe, aber sie könnten eben nicht anders als zu sagen, was sie dächten. Ihren Gesichtern sieht man an, wie schwer sie an ihrem Charakter tragen; die Umwelt hat sie zu tragischen Helden gemacht. Wer von uns hat sich in dieser Rolle nicht selbst schon gefallen?

Die menschlich bitterste Erfahrung macht jedoch jener, der es einfach für seine Pflicht hält, auf einen Fehler aufmerksam zu machen, den er glaubt erkannt zu haben, und dann erlebt, daß es Mitmenschen gibt, die ihn ob dieser Tat nur loben, weil sie ihr Vergnügen daran haben, zu sehen, wie da einer gleich einem Torero in die Arena steigt. Sie verfolgen seinen Auftritt wie ein Schauspiel, sie spenden Beifall und johlen, ob sie verstehen, was er sagt oder nicht, und warten gespannt, wie es wohl endet.

Der Fall Hahlbohm kann uns sehr wohl einiges lehren. Hüten wir uns, Menschen, die nicht mehr tun als ihre Pflicht oder wozu sie ihr Gewissen drängt, zu Stars zu machen. Wer frei seine Meinung äußert, ist noch lange kein Held, sondern nicht mehr und nicht weniger als ein aufrechter Mann. Ein Polizist, der den Wagen eines Ministers stoppt, ist es ebenso wenig; denn wie wollten wir dann jenen rühmen, der mutig vor die Pistole eines Verbrechers tritt?

St.

Schnappschüsse



▲ Der Absetz-Kipper, den wir in Nr. 13 der Werkzeitschrift vorgestellt haben, soll den Transport der Schlacke vom Martinwerk zum Schlackenloch jetzt ausschließlich besorgen. Deshalb wird die zum Teil gerammte Spundwand am Schlackenloch vollendet.



▲ In einer Belegschaftsversammlung des Werkes Gelsenkirchen wurden für die erfolgreiche Mitarbeit im Arbeitsschutz wieder zwei Kühlschränke verlost. Unser Schnappschuß zeigt die beiden Gewinner: links Walter Marienfeld, rechts Karl Kruggel (s. a. Seite 249).

▶ Ein neuer Typ von Werkwohnungen wurde von der Wohnungsgesellschaft Dümpfen an der Ecke Schwäbische Straße und Grillostraße in Gelsenkirchen errichtet. Die kürzlich bezogenen 2 Häuser sind Reihenhäuser im Stile von Einfamilienhäusern.



▶ Zwei Kraftfahrer unseres Werkes wurden kürzlich für 500000 Fahrkilometer auf Daimler-Benz-Wagen mit dem brillantgeschmückten Mercedesstern in Gold ausgezeichnet. 500000 Kilometer sind eine weite Strecke. Wenn die beiden Kraftfahrer mit ihren Wagen immer auf dem Äquator entlang gefahren wären, hätten sie die Erde genau zwölfmal umfahren können. Unser Bild zeigt die „Weitgereisten“, Heinz Warthun (links) und Theo Holzum (rechts).

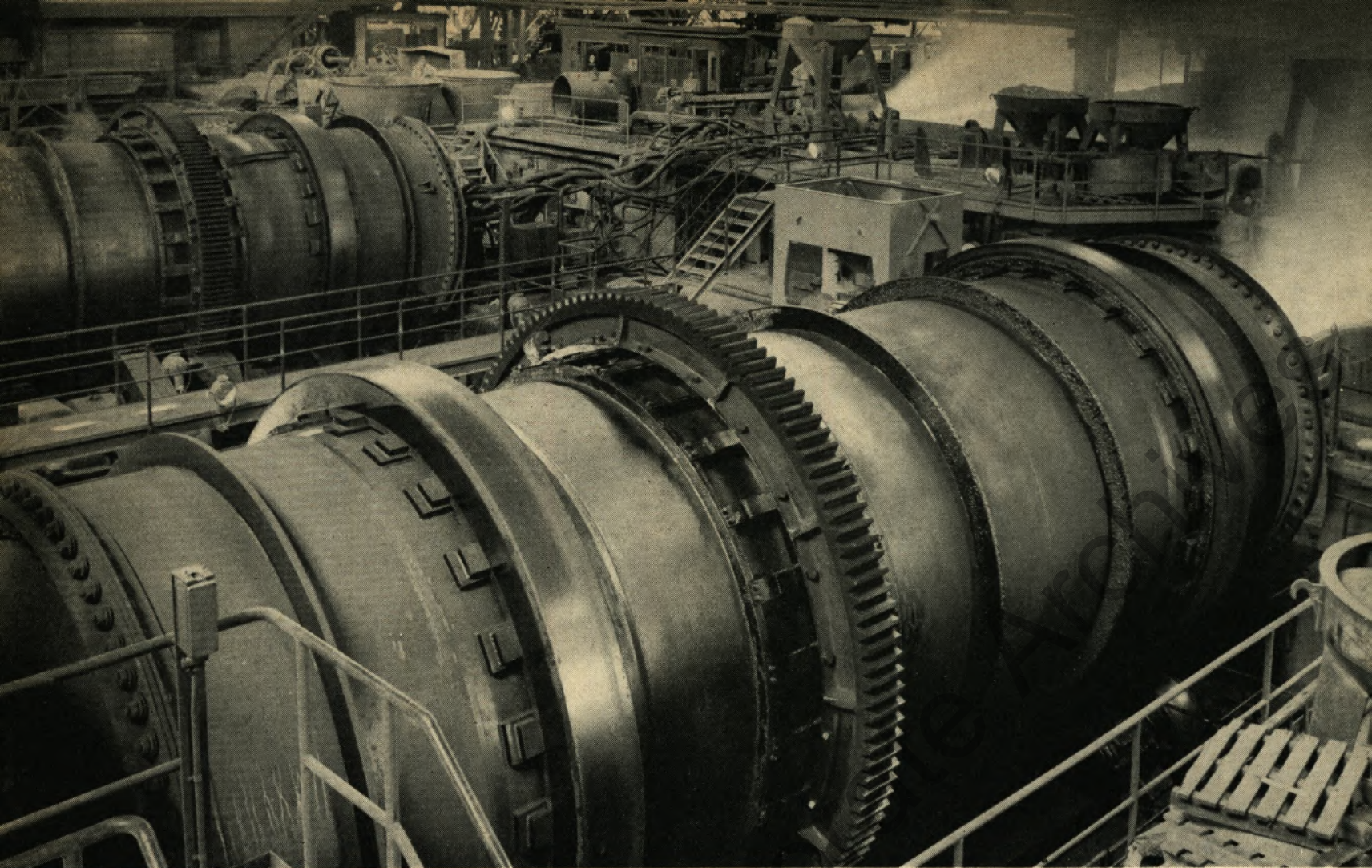


▶ Beim Bau der neuen Erzumschlaganlage im Südhafen Walsum wurde dieser bizarre Stein ans Tageslicht gebracht. Weil er so „interessant“ aussieht, bekam er einen Ehrenplatz am Toreingang zum Hafen, wo er zugleich eine schöne Zierde und ein „Gedenkstein“ für die großen Bauarbeiten in Walsum ist. Im Hintergrund betrachtet Oberpörfner Alfred Reinschlüssel den versteinerten „Germanenkäse“, wie der Stein von Kollegen im Hafen scherzhaft genannt wird.



▶ Inregelmäßigen Abständen finden in unseren Werken Meistergespräche statt. Dieser Schnappschuß entstand bei einem solchen Gespräch in Gelsenkirchen. Dies sogenannten „Betriebsgespräche“ für Meister und Assistenten dienen der Förderung eines gesunden Betriebsklimas und sollen das Verständnis für eine gute Zusammenarbeit der einzelnen Betriebe untereinander wecken. Sie geben ferner Gelegenheit, sich persönlich kennenzulernen.





Eisenhüttag 1958

Gedämpfter Optimismus

Investitionsbedarf der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie in den nächsten zehn Jahren etwa 8 Milliarden DM

Von neuen Wegen der Stahlherstellung war unter anderem im Referat des Vorsitzenden des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, Prof. Dr. Dr.-Ing. H. Schenck, anlässlich des diesjährigen Eisenhüttag die Rede. Unser Bild zeigt das Oberhausener Rotor-Stahlwerk. Die Stahlgewinnung im Rotor ist ein inzwischen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekanntgewordenes Verfahren der Stahlherstellung, das von unserem technischen Vorstandsmitglied, Direktor Dr. Graef, entwickelt worden ist und bereits in der Hauptvortragssitzung des Eisenhüttag vor zwei Jahren Thema des Hauptreferats war.

Zum diesjährigen Eisenhüttag, der am 6. und 7. November in Düsseldorf stattfand, waren mehr als 4500 Hüttenleute aus insgesamt 30 europäischen und überseeischen Ländern in die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt gekommen. Wie in der Vergangenheit wurden in zahlreichen Fachvorträgen technische Probleme aller Gebiete des Eisenhüttenwesens behandelt und diskutiert. Die Technik des Eisenhüttenwesens zu fördern und weiter zu entwickeln und auf den höchsten Leistungsstand zu bringen, ist nicht nur in Zeiten der Hochkonjunktur, sondern mehr noch in Zeiten steigender Weltkonkurrenz und wechselnder Konjunkturtendenzen eine Aufgabe des Eisenhüttag.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Hauptvortragssitzung, in der der Vor-

sitzende des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, Professor H. Schenck, u. a. ein Konjunkturbild der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie zeichnete, das zwar in dunkleren Farbtönen als in den Vorjahren erschien, aber dennoch einige Lichtblicke enthielt. Alles in allem war es ein gedämpfter Optimismus, der aus den Worten des Vortragenden sprach. Eine besondere Bedeutung erhielt die Veranstaltung durch die Teilnahme zahlreicher hoher Persönlichkeiten, so von Vertretern der Hohen Behörde der Montanunion, der Bundes- und Landesregierung, von Vertretern wirtschaftlicher Organisationen und der Gewerkschaften, sodann auch der Stahlverbraucher, Hoch- und Fachschulen und von technisch-wissenschaftlichen Institutionen.

Der Vortragende schickte seinen Ausführungen einige allgemeine Bemerkungen voraus, die sich mit der augenblicklichen Lage beschäftigten. Für den Kohlenbergbau, der sich augenblicklich in einer recht schwierigen Situation befindet, brachte er zum Ausdruck, daß — bei aller Würdigung der Grundsätze unserer sozialen Marktwirtschaft — besondere Schutzmaßnahmen für die Kohle unerlässlich seien. Solche Schutzmaßnahmen, die

darauf abgestellt seien, die heimischen Bodenschätze gegen konjunkturelle Wechselfälle zu sichern, fänden sich in allen Industriestaaten.

Die Ursachen für die konjunkturelle Abschwächung auf dem Stahlmarkt, von dem die deutschen Hüttenwerke, abgesehen von den amerikanischen, mit am stärksten betroffen wurden, liegen nach Ansicht Professor Schencks in den hohen Lagerbeständen beim Handel und bei den Verbrauchern, im Rückgang des Exports und, soweit es die deutsche Stahlindustrie betrifft, in einer zunehmenden ausländischen Konkurrenz, insbesondere durch belgische und französische Lieferungen, auf dem deutschen Inlandsmarkt. Bemerkenswert sei in diesem Zusammenhang, daß die Gründe für das Abflauen der Stahlkonjunktur nicht in der Entwicklung des Stahlverbrauchs im Inland zu suchen seien, der immer noch zwei bis drei Prozent über dem des Vorjahres liege.

Zusammenfassend stellte er fest, daß eine bessere Anpassung der Auslieferung der Werke an die auf sie zukommenden Neuaufläge einen schnelleren Abbau der überhöhten Lagerbestände bei Handel und Verbrauchern wesentlich fördern dürfte. Dies sei eine unabdingbare Voraus-

setzung für eine Normalisierung des Inlandmarktes. Nach Abschluß dieses Prozesses dürfte sich die Lage entspannen und damit gerechnet werden, daß den Werken aus dem Inland wieder Aufträge erteilt würden, wie sie dem tatsächlichen Verbrauch entsprächen. Darüber hinaus sei zu hoffen, daß auch im Export die im Vorjahr gelieferten Mengen gehalten werden können.

Auf sein eigenes Thema „Antriebe, Vorstellungen und Wünsche zum Ausbau der Eisenhütten-technik“ übergehend, beschäftigte sich der Vortragende zunächst mit der Frage der Kapazität und der Zuwachsrate. Es gelang ihm, durch eine Kombination von naturwissenschaftlicher und volkswirtschaftlicher Betrachtungsweise die Entwicklung für verschiedene Länder mit besonderer Klarheit aufzuzeigen. Daraus ergab sich für die westdeutsche Eisen schaffende Industrie, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine jährliche Zuwachsrate von 2,5 bis 3 Prozent durchaus vertretbar zu sein scheint. Dies bedeutet einen Zuwachs von mindestens acht Millionen Tonnen Rohstahl während der nächsten zehn Jahre bei einem Investitionsaufwand von insgesamt 8 Mrd. DM, also 800 Mill. DM jährlich.

Konzentration wirtschaftlicher Macht?

Nach Hans Böckler, dem unvergessenen Gewerkschaftsführer und Schöpfer der neuen deutschen Einheitsgewerkschaft, einem der leidenschaftlichsten Streiter für die Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in Wirtschaft und Gesellschaft, ist die Hans-Böckler-Gesellschaft benannt. Oberstes Ziel dieser Gesellschaft, in der sich verantwortlich in der Mitbestimmung mitarbeitende Kollegen — Arbeitsdirektoren, Aufsichtsräte, Betriebsräte — ferner Wissenschaftler und Freunde der Mitbestimmung zusammengefunden haben, ist es, den Gedanken der Wirtschaftsdemokratie wissenschaftlich und praktisch zu fördern. So führt, um bei bestimmten aktuellen Fragen meinungsbildend zu wirken, die Hans-Böckler-Gesellschaft eine jährliche Vortragsveranstaltung durch. Das Thema der diesjährigen Jahresveranstaltung lautete: „Publizität der Großunternehmen“. Unter Publizität versteht man in diesem Sinne die ausreichende Information aller am Wirtschaftsgeschehen beteiligten und interessierten Personen. So hat es sich ergeben, daß die Großindustrie im Laufe ihrer Geschichte von der Politik der Geheimhaltung schrittweise zu einer Sichtbarmachung gewis-

ser Vorgänge, wie z. B. durch die vom Aktiengesetz vorgeschriebene Veröffentlichung von Bilanzen sowie der Gewinn- und Verlustrechnungen, übergegangen ist. Prof. Karl Hax, Frankfurt, machte einige allgemeine Ausführungen zu diesem Thema, während Ludwig Rosenberg, Mitglied des Hauptvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Publizität eng mit der Institution der Mitbestimmung verknüpfte, wobei er die Ansicht vertrat, Publizität und Mitbestimmungsrecht seien die wirksamsten Mittel, um eine Kontrolle zu ermöglichen und die demokratische Gesellschaft vor Schaden durch Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu bewahren. Der Referent, dessen Ausführungen wir nachstehend auszugsweise wiedergeben, spielte in diesem Zusammenhang auf einen zur Zeit in der Öffentlichkeit diskutierten Streitfall an, zu dem — wie aus dem Bericht auf der gegenüberliegenden Seite ersichtlich — aus anderer Sicht auch Prof. Schenck auf dem Eisenhüttenstag Stellung nahm. Wir veröffentlichen hier auszugsweise die Argumente des DGB. Genauso wie wir andererseits die Auffassung der Unternehmer oder der Arbeitgeberverbände zur Information geben.

Es mag sicherlich manches, was ich hier zu sagen habe, den Widerspruch vieler herausfordern, die anderer Meinung sind und deren gesellschaftliche Vorstellungen sich an anderen als den von mir vertretenen Gedanken orientieren. Das aber enthebt mich nicht der Verantwortung, die jeder gegenüber der Allgemeinheit in einem demokratischen Staatswesen trägt, diese Gedanken unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen.

Je mehr sich auf Grund unserer sich ständig verbessernden technischen Möglichkeiten die Wirtschaft zu großen und mächtigen Unternehmungen zusammenschließt, um so mehr ist es notwendig, diese Wirtschaft sich nicht selbst zu überlassen.

Man mag über Wert oder Unwert der wirtschaftlichen Konzentration verschiedene Meinungen haben. Eines kann für Demokraten nicht strittig sein:

Je mehr Konzentration — desto mehr demokratische Kontrolle. Ohne diese Kontrolle wird die Wirtschaft zum Selbstzweck, die Menschen an ihren Schlüsselstellungen zu unkontrollierten Diktatoren; und wenn wir auch nicht bereit sind, jeden Menschen für einen Teufel zu halten — so ist doch gewiß, daß kein Mensch ein Engel ist.

Die Wahrheit des englischen Sprichwortes: daß Macht korrumpt und daß absolute Macht absolut korrumpt — hat sich erst in der jüngsten deutschen Geschichte furchtbar bestätigt. Es war gerade diese Erfahrung, die die Gewerkschaften veranlaßte, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in jenen Unternehmungen zu fordern, die über ein bestimmtes Maß betrieblicher Größe hinausgehen und auf Grund ihrer beherrschenden Stellung im Wirtschaftsgeschehen Bedeutung und Macht erlangen.

Sie waren sich dessen bewußt, daß diese Forderung nach Mitbestimmung hohe Anforderungen an sie und an jene stellen würden, die in ständigem Abwägen des allgemeinen und des betrieblichen Interesses Entscheidungen zu treffen und dem Alltag gerecht zu werden haben. Sie sahen und sehen aber in dieser Aufgabe keinen Konflikt, weil sie glauben, daß recht verstandenes betriebliches Interesse durchaus nicht im Gegensatz zum Allgemeininteresse steht. Entscheidend aber war vor allem die Erkenntnis, daß in unserer modernen Wirtschaft die Konzentration wirtschaftlicher Macht ohne öffentliche Kontrolle, ohne die entsprechende Publizität, zu einer Gefahr für die politische Demokratie werden muß, wie sie es bereits einmal wurde. Entscheidend war ferner die Erkenntnis, daß in unserer Zeit eine wirklich demokratische Gesellschaft praktisch unmöglich ist, wenn nicht auch

die Wirtschaft eine demokratisch staatsrechtliche Verfassung erhält — wenn nicht auch hier, wo letztlich die wirtschaftliche Grundlage für einen sozialen und demokratischen Staat täglich geschaffen werden muß, die Grundsätze der Gleichheit, der Mitbestimmung und Mitverantwortung von voller Publizität wirksam werden.

Geschieht das nicht, so wird die Wirtschaft zum Staat im Staat — und da sie einen der wichtigsten Hebel des Lebens beherrscht, werden die demokratisch gewählten Körperschaften der Gesellschaft in demselben Maße entmachtet, in dem die unkontrollierte Macht der Herren der Wirtschaft wächst.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit des einzelnen, die Einschränkung des Gebrauchs seiner persönlichen Freiheit nimmt dann ebenso zu wie die politische Abhängigkeit der Parteien und des Parlaments. Es sind dies Erscheinungen, die wir nicht zu prophezeien brauchen. Wir haben diese Entwicklungen selbst in der Vergangenheit erlebt, und wir können nicht sagen, daß die Gegenwart frei von solchen Anzeichen ist.

Das Mitbestimmungsrecht ist Mittel zur Erfüllung jener öffentlichen Funktion, die eine notwendige Voraussetzung dafür ist, daß die Wirtschaft in einer demokratischen Gesellschaft nicht durch den Amoklauf des Selbstinteresses für die Gesamtheit zum Schaden oder gar zur Gefahr wird. Es wäre absurd, zu denken, daß die Menschheit, die die Herrschaft der politischen Tyrannis beseitigt hat, es zulassen würde, daß auf dem Gebiet der Wirtschaft neue autoritäre Herrschaftsgebilde errichtet werden. Es wäre sinnlos, die politische Barbarei zu bekämpfen und einer technisch vollendeten Barbarei den Weg zu ebnet.

Dieses Mitbestimmungsrecht gilt in ausreichendem Umfange allerdings nur bei den Montangesellschaften. In so wichtigen und für die Zukunft entscheidenden Industrien wie in der Energiewirtschaft, in der Erdölindustrie, der Groß-Chemie und auf dem gesamten Gebiet der mit Kernenergie befaßten Industrie gilt es ebensowenig wie bei den Kreditanstalten und Versicherungen. Die in Teilen der Wirtschaft geltende Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz ist in Wirklichkeit keine Mitbestimmung, sondern ein beschränktes Mitspracherecht einer Minderheit, das in seiner ganzen Anlage dem Geist der Mitbestimmung und der tatsächlichen Möglichkeit ihres Wirksamwerdens widerspricht.

Weder bei Krupp noch bei Wehrhahn, bei Flick oder Quant, bei Grundig oder Oetker und vielen anderen

gibt es eine Publizitätspflicht oder ein Mitbestimmungsrecht für die Arbeitnehmer — und wer wollte behaupten, daß diese Unternehmungen etwa weniger wirtschaftliche Macht darstellen als andere?! Gerade hier handelt es sich zumeist um gewaltige Konzerne oder mächtige Konzernspitzen, deren Einfluß auf ihren Produktionsgebieten wirtschaftlichen Königreichen gleichzusetzen ist.

Der Herr Bundeskanzler hat in der letzten Zeit verschiedentlich vor der immer zunehmenden Konzentration gewarnt. Er hat beinahe wörtlich wiederholt, was der Deutsche Gewerkschaftsbund bereits seit langem und erst kürzlich am 3. September in Berlin erklärt hat. Wo eine solche Konzentration wirtschaftlich sinnvoll und technisch notwendig erscheint, kann man sich ihr nicht widersetzen. Wo sie aber lediglich oder vorwiegend nur der Konzentration wirtschaftlicher Macht dienen soll, muß man sie verhindern.

Wohl ist das, was viele heute tun oder zu tun vorhaben, „Rechthens“. Es ist im Rahmen der Gesetze, wenn sie fusionieren, wenn sie am laufenden Band Organisationsverträge mit sich selbst abschließen, wenn sie die Minderheitsaktionäre herauskaufen oder herausdrücken, wenn sie höchste Kommandostellen einrichten und die Leitung von Riesenunternehmungen als Geheime Kommandosache führen. Wohl ist das alles im Rahmen einer Gesetzgebung, die durch schlechte Steuer- und andere Gesetze diese Vorgänge nicht etwa verhindert, sondern im Gegenteil dazu ermutigt. Es ist nicht ohne Reiz, mitanhören zu müssen, wie sich Politiker vor den Geistern ängstigen, die sie selbst rufen. Wohl ist das alles nach dem Gesetz „Rechthens“. Ob es aber recht ist, darf füglich bestritten werden.

In wenigen Händen konzentriert sich in zunehmendem Maße die entscheidende wirtschaftliche Macht unseres Landes. In wenigen Händen, in steigendem Maße unkontrolliert, unter rechtlich einwandfreier Entmachtung zahlreicher bisher noch bestehender Organe, die entweder ganz beseitigt oder zu willenslosen Werkzeugen degradiert werden.

Auf den Feldherrnhügeln der westdeutschen Wirtschaft sammeln sich erneut die unbeschränkten Herrscher wirtschaftlicher Königreiche, Herren über zahllose Unternehmen, Herrscher über Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten — Beherrscher ganzer Wirtschaftszweige. —

Die volle Mitbestimmung in allen solchen Betrieben und Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform, ist dringend notwendig.

Im weiteren Teil zeigte Professor Schenck Möglichkeiten und Wege auf, um dieses Ziel zu erreichen. Dabei machte er auch den Vorschlag, nicht nur bei der Erschließung von Erzvorkommen in Übersee zusammen zu arbeiten, sondern auch größere Investitionsvorhaben, wie z. B. das Großröhrenwerk Mannesmann-Hoesch, von mehreren Werken gemeinsamdurchzuführen. Insbesondere durch Investitionsabsprachen würde nicht nur die Finanzierung erleichtert, sondern auch das Risiko verringert, das nun einmal mit der Erstellung neuer Werksanlagen zu einem Zeitpunkt besonders lebhafter technischer Entwicklung verbunden ist. Ein solches

Vorgehen könne man nicht als „Konzentrationsbewegung“ verdächtigen und auch nicht mit „Konzernbildung“ bezeichnen. Schenck verteidigte in diesem Zusammenhang das Konzerndenken, weil es „erwiesenermaßen die Bereitschaft zum Einordnen für den optimalen Nutzen der Gesamtwirtschaft fördert“. Als weiterhin sehr wesentliche Voraussetzung zur Erfüllung der Aufgaben, die der westdeutschen Stahlindustrie gestellt sind, nannte der Sprecher die Schaffung ausreichender Ausbildungsmöglichkeiten für den hüttenmännischen Nachwuchs. Der Frage der Finanzminister, woher die Mittel für die Erfüllung all solcher

Wünsche genommen werden sollen, hielt Professor Schenck entgegen, daß die späteren Generationen uns den Vorwurf vielleicht nicht ersparen würden, daß die grundlegende Aufgabe der Volksbildung einem unangemessenen Wohlleben geopfert wurde. Denn, so argumentierte er, die Rechnung für den Verlust des Krieges sei noch nicht bezahlt. In Erwartung dieser Rechnung habe das ganze Volk große und erfolgreiche Mühen und Anstrengungen auf sich genommen. Das sei die eine Seite des Wirtschaftswunders gewesen. Dann aber sei der Glücksfall gekommen, daß wir wegen der Erbstreitigkeiten unserer Gläubiger einen Zahlungsaufschub erhielten. Viele

aber hätten gemeint, die Forderung sei gestrichen. Das sei die zweite, die problematische Seite des Wirtschaftswunders. Ihm, Schenck, scheinend jedenfalls, daß wir diesen Zahlungsaufschub als Gewinn und nicht als Rückstellung für ungewisse Schulden gebucht haben. Der Gewinn sei auf Hebung des Lebensstandards und in Arbeitszeitkürzung so verteilt worden, als sei er in voller Höhe der Reinertrag der Arbeit. Das werde uns historisch einmal als Fehlbuchung angerechnet, wenn wir diesen Posten jetzt nicht noch umbuchten und als Mittel zur Erhaltung der Grundsubstanz aktivieren.

K. H. S.



„Walsum“ wird abgesenkt



Seit über einem Jahr werden im Südhafen Walsum umfangreiche Bauarbeiten durchgeführt, die gegenwärtig besonders ins Auge fallen. Das Hafengebiet gleicht einer einzigen großen Baustelle. Mancher unserer Mitarbeiter aus dem Südhafen wird sich gefragt haben: „Was geht hier vor?“ Um diese Frage verständlich beantworten zu können, müssen wir weiter ausholen:

Um die Jahrhundertwende erfolgten am Rheinstrom erhebliche Regulierungsarbeiten. Eine damals nicht vorauszu sehende Folgeerscheinung ist die Rhein-Erosion, die sich darin zeigt, daß im Gebiet Walsum die Rheinsohle jährlich um etwa vier Zentimeter ausgewaschen wird. Mit dem Abtragen der Stromsohle sinkt natürlich der Wasserspiegel des Rheins und zwangsläufig auch der Wasserspiegel im Südhafen Walsum. Im Laufe der Zeit ist hierdurch eine starke Minderung der Wassertiefe im Hafen eingetreten. Zunächst konnte man diesem dadurch begegnen, daß von Zeit zu Zeit die Hafensohle ausgebaggert wurde. Vor einigen Jahren ist nun die untere Grenze, d. h. die Unterkante der Kaimauern, erreicht worden.

Es mußte ein Weg gefunden werden, um wieder eine größere Wassertiefe zu erreichen und gleichzeitig die Standsicherheit der Mauern und damit die Betriebsfähigkeit des Hafens zu erhalten. Eine Verankerung der Kaimauern in das dahinterliegende Erdreich und eine Verspundung der Mauern in der gesamten Länge von über 1200

Meter wurden hierzu erforderlich. — Mit diesen umfassenden Arbeiten fallen die Bestrebungen der Bergwerksgesellschaft Walsum zusammen, die unter unserem Hafengebiet ihre reichen Kohlenlager abbauen will. Durch die Maßnahmen würden allerdings Absenkungen des Geländes von 1,60 bis 2,20 Meter eintreten, was wiederum zur Folge hätte, daß der Südhafen Walsum in jedem Winter vom Hochwasser überflutet und lahmgelegt würde. Dem Bergbau entsteht daher die Verpflichtung, das Hafengelände „aufzustocken“, damit der Hafen zu jeder Zeit betriebsfähig bleibt. Beide Seiten, die Hafeneigentümer und die Bergwerksgesellschaft Walsum, stellten fest, daß durch Zusammenlegen der einzelnen Bauarbeiten eine billigere und wirtschaftlichere Lösung gefunden werden konnte. So geschieht nun folgendes im Südhafen: Kai- und Ufermauern werden einfach aufgehängt

◀ Eine Bohrmaschine, die auf ein Hängegerüst montiert ist, durchbohrt die Ufermauer der Hafenanlagen von der Rheinseite aus. Die Maschine schafft die Öffnungen für die Halteseile und macht weder vor Stahl noch vor Natursteinen halt.

Wenn die Arbeit der Bohrmaschine getan ist, werden die Bohrlöcher mit dem Preßlufthammer erweitert. Zwischen jeweils zwei Bohrlöchern wird eine Nische in die Wand geschlagen, in die später die Halteseile eingelassen und einbetoniert werden. ▶



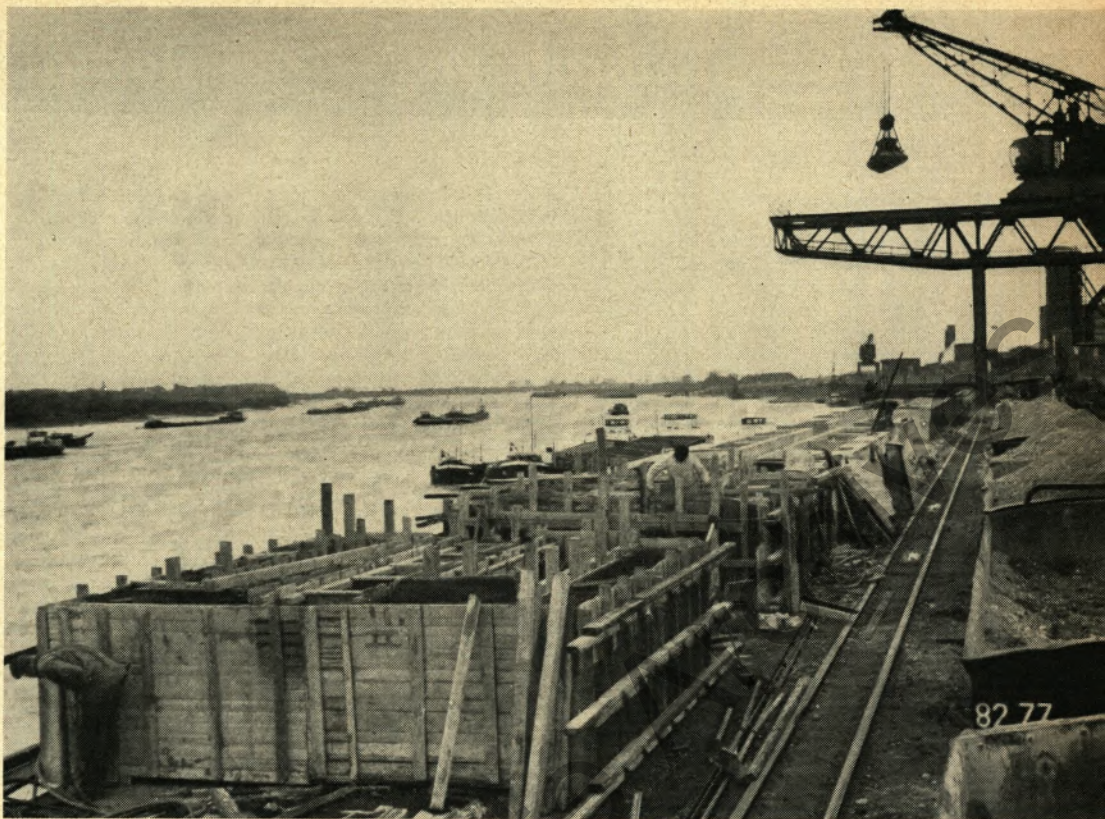
Was der Hafen der Hansestadt Hamburg für unser Land, ist der Südhafen Walsum am Rhein für unser Werk, nämlich das Tor zur Welt. Im Rheinhafen Walsum treffen aus fast allen Erdteilen Erze ein, von hier aus werden die Erzeugnisse unserer Werke Oberhausen und Gelsenkirchen in alle Welt verschickt.

Wenn das Hafengelände durch den planmäßigen Abbau der darunter befindlichen Kohlenflöze langsam abgesenkt wird, hebt der Wasserspiegel in den Hafenbecken davon fast unberührt, da seine Höhe vom Rhein zwangsläufig reguliert wird. Aus diesem Grunde müssen die Kaianlagen aufgestockt werden.



Die östliche Mauer des Hafenbeckens II ist bereits erhöht worden, wie auf unserer Aufnahme deutlich zu erkennen ist. Insgesamt müssen die Anlagen im Südhafen Walsum um 1,60 bis 2,20 Meter aufgestockt werden, damit der Betrieb ungehindert weitergehen kann und der Hafen auch hochwasserfrei bleibt.

Das hört sich zwar utopisch an, ist aber technisch zu bewerkstelligen, indem die Mauern mit Seilen im dahinterliegenden Erdreich gehalten werden. Sie können auch dann nicht ins Wasser abgleiten, wenn der Hafen noch tiefer ausgebaggert werden sollte. Das Projekt sieht vor, daß zunächst etwa 20 Meter lange Stahlrohre im Abstand von fünf Metern durch den Beton der Kaimauern in das Erdreich gebohrt werden. Die Rohre dienen zur Aufnahme von Seilschlaufen, die sich aus vier Einzelseilen zusammensetzen. Am hinteren Ende der Rohre werden große Stahlbetonplatten eingegossen, gegen die später die Kaimauer durch die Halteseile verankert wird. Praktisch sieht der einzelne Vorgang so aus: Durch je zwei Bohrlöcher werden die Halteseile gezogen. Die Enden ruhen durch eine verhältnismäßig kleine Öffnung in der als Widerlager dienenden Stahlbetonplatte hindurch. Mit einem Betonkeil werden nun die Seilenden hinter der Platte in

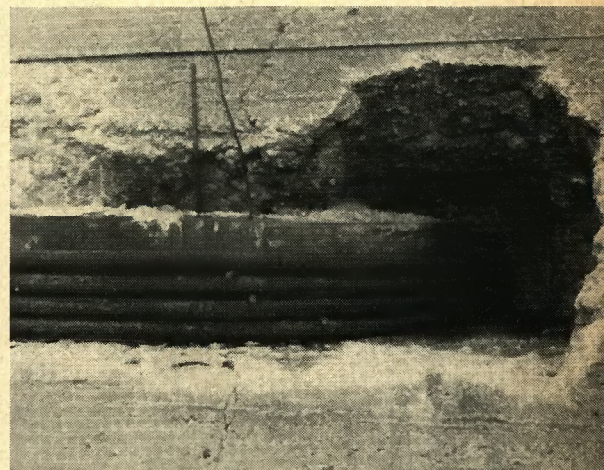


Die Spannköpfe für die Halteseile wurden in Betonguß hergestellt. Unser Bild zeigt gleich zehn der schweren Klötze. In einem solchen Guß ist ein dichtes Geflecht von Betonstahl, das ein Sprengen und Reißen der Spannköpfe bei stärkstem Zug verhindert.

einem Spannkopf derart eingeklemmt, daß sie sich durch Zugkraft selbsttätig festziehen. Vier hydraulische Pressen drücken anschließend den Spannkopf mit insgesamt 260 Tonnen gegen die Ankerplatte ab und straffen somit die Seile. Auf diese Weise hängen jeweils zehn Meter breite Abschnitte der Kaimauern in einer Seilschleife und werden mit einem Zug von über 500 Tonnen festgehalten. Um die Hafenbecken weiter ausbaggern zu können, ohne die Ufermauern zu unterhöhlen, werden nach dem Spannvorgang 11 Meter lange Spundbohlen vor die Kaimauern geschlagen. An ihrem oberen Ende werden die Spundwände mit den Seilen verbunden.

Zusammen mit den Verankerungsarbeiten werden die Kaimauern und die Kranbahn aufgehöhht. Dazu müssen zehn bzw. fünf Meter lange Stahlbetonbrücken in einer Breite von vier Metern auf den Kaimauern erstellt werden, um die Kranbahnschienen aufzunehmen. Zum Schluß wird das übrige Gelände angeschüttet.

Nach Beendigung der Arbeiten kann dann der Hafen ohne Betriebsgefährdung bis zu der gewünschten Tiefe ausgebaggert werden. Durch die Aufhöhungsarbeiten ist sichergestellt, daß das Hochwasser des Rheins für die Hafenanlagen keine Gefährdung bedeutet.



Die festverspannten Stahlseile unseres Werkes Gelsenkirchen halten die Uferbefestigungen des Hafens auf der Rheinseite und verhindern, daß die Mauern ins Wasser abgleiten. Die vier Seile üben zusammen einen Zug von mehr als 260 Tonnen aus.

Im Arbeitsschacht: Die durch die Bohrlöcher geführten Halteseile werden verankert. Der weiße Betonklotz bildet den Spannkopf, der nach dem Verkeilen der Seile mit hydraulischer Kraft gegen das Betonwiderlager (s. ganz links) abgedrückt wird.

Sprachrohr der Belegschaft

Dienst am Kunden!

Mit Interesse habe ich davon gelesen, daß der Belegschaft des HOAG-Werkes Gelsenkirchen der Lohn nur noch bargeldlos ausgezahlt wird. Zu dieser Einrichtung selbst will ich nichts sagen. Was ich jedoch als wenig schön empfinde, ist die bewußte Unfreund-

lichkeit der Schalterbeamten an den Sparkassenschaltern. Da das Gehalt meines Mannes schon seit längerer Zeit auf Girokonto bei der Städtischen Sparkasse überwiesen wird, muß ich jeweils um den 1. eines Monats herum den als Haushaltsgeld gedachten Teil des Betrages bei der Sparkasse abheben. Dabei habe ich regelmäßig

das Gefühl, betont unfreundlich behandelt zu werden. Der Mann hinter dem Schalter tut fast so, als müsse er den auszuzahlenden Betrag aus seiner eigenen Tasche geben. Andere Frauen, mit denen ich darüber sprach, machen laufend dieselbe Feststellung. Neulich fielen bei der Übergabe des Geldes durch eine hastige Bewegung des Schalterbeamten einige Geldscheine auf den Boden des Schalterraumes. Der Mann verzog keine Miene und machte sich nicht einmal die Mühe, sich für sein Versehen zu entschuldigen. So geht es doch nicht. Schließlich sind wir Kunden der Sparkasse. Auch bleibt am Monatsende gewöhnlich ein Überschuß, der auf Sparkonto umgebucht wird.

Frau L. F., Oberhausen

Anm. d. Red.: Die Schreiberin des Leserbriefes hat natürlich recht. Aber sollte man sich nicht auch einmal in die Lage des Schalterbeamten hineinversetzen, wenn im Hochbetrieb des Zahltags die Kundenschlangen nicht abreißen? Vielleicht ist der betreffende Beamte überbetont geschäftsmäßig, dabei aber weder freundlich noch unfreundlich. — Auf jeden Fall werden wir dafür sorgen, daß der Leserbrief der Sparkassenleitung zur Kenntnis gelangt.

Und wir?

Indem Sie in Ausgabe 19 groß über das 200jährige Bestehen der St.-Antony-Hütte berichten, tun Sie so, als sei es unser Werk, welches da das Jubiläum beging. Sicherlich ist es auch so, denn die St.-Antony-Hütte ist die Keimzelle, aus der unser Werk hervorgegangen ist. Als Eisen erzeugendes Werk sind wir der St.-Antony-Hütte daher viel näher verwandt als die GHH Sterkrade, die doch ein Stahl verarbeitendes Werk ist. Die GHH aber zahlte Ihren Belegschaftsmitgliedern ein Jubiläumsgeld. Und wir? — Wir begnügen uns damit, lediglich durch einen historischen Abriss in der WZ der St.-Antony-Hütte zu gedenken.

K. S., Neu-Oberhausen

Anm. d. Red.: Durch eine Bekanntmachung wurde inzwischen darauf hingewiesen, daß auch an unsere Belegschaftsmitglieder eine Jubiläumsgeldzahlung gezahlt wird. Die Zahlung beträgt, wie sich nach der Lohnzahlung am 15. November sicherlich herumgesprochen hat, für Jugendliche, die am 30. 9. 58 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, 20,— DM und für alle übrigen Belegschaftsmitglieder 50,— DM. Voraussetzung für die Gewährung des Jubiläumsgeldes war, daß der Eintritt in die HOAG vor dem 1. 10. d. J. erfolgt ist und zu dem Zeitpunkt der Auszahlung ein ungekündigtes Beschäftigungsverhältnis bestand.

Ein Fortschritt

Unsere Werkzeitschrift will in Zukunft auch die Leserbriefveröffentlichungen, die nicht mit dem vollen Namen gezeichnet sind. Das kann als ein großer Fortschritt angesehen werden, weil viele Belegschaftsangehörige deshalb nicht zu Problemen Stellung genommen haben, weil sie ihre Ausführungen mit dem vollen Namen zu zeichnen hatten. Was davon die Folge war, habe ich selbst einmal erlebt. Da hat nämlich ein Arbeitskollege allerhand Schwierigkeiten bekommen, nur weil er in einem Leserbrief die Wahrheit gesagt hat. Das habe aber nicht nur ich erfahren, sondern viele andere auch.

Mit solchen Vorfällen kann man aber weder Reklame für Leserzuschriften machen noch für ein gesundes Betriebsklima überhaupt. Wer früher

einen Brief an die Werkzeitschrift einreichte, der mußte fast in Angst leben, ob das nicht zu seinen Ungunsten auschlagen könnte. Die Ankündigung in der Werkzeitschrift verspricht, daß es jetzt anders wird. Natürlich sollte man nun nicht Frechheiten und Angriffe auf bestimmte Personen in der Werkzeitschrift verbreiten, aber hin und wieder dürfte man sich getrost hinsetzen, einen Mißstand aufzuzeigen, auch wenn er bestimmten Personen nicht gern vor Augen geführt wird. Dazu ist meiner Meinung nach ein Ausspracheforum — wie es in der Werkzeitschrift genannt wird — auch geschaffen. K. C., Neu-Oberhausen

Leserbriefe in einer Werkzeitschrift sind immer eine heikle Angelegenheit, weil man die Schreiber immer gleich am Kanthaken hat, wenn sie einmal, erbost über eine Ungerechtigkeit oder aufgebracht durch irgendeinen anderen Vorfall, zu Papier und Bleistift greifen, um ihrem Herzen Luft zu machen; denn wir wollen uns doch nichts vormachen: Solange alles in bester Butter ist, hat niemand einen Grund, Leserbriefe zu schreiben. Und doch soll dieser Brief keine Attacke gegen irgendeinen Mißstand sein.

Er soll Freude darüber ausdrücken, daß sich die Redaktion unseres „Echos“ dazu aufgeschwungen (im wahrsten Sinn des Wortes) hat, Leserbriefe nicht mehr mit dem vollen Namen zu zeichnen. Ich glaube nicht, daß deshalb Leserbriefe geschrieben werden, die persönliche Angriffe enthalten, aber davon bin ich überzeugt: die Redaktion wird jetzt öfter Leserpost empfangen.

Wenn man nun auf diese Weise den Mitarbeitern das symbolische Knebeltuch vom Mund genommen hat, dann muß man allerdings auch ihre Briefe veröffentlichen, wenn sie dem Werk nicht genehme Wahrheiten enthalten.

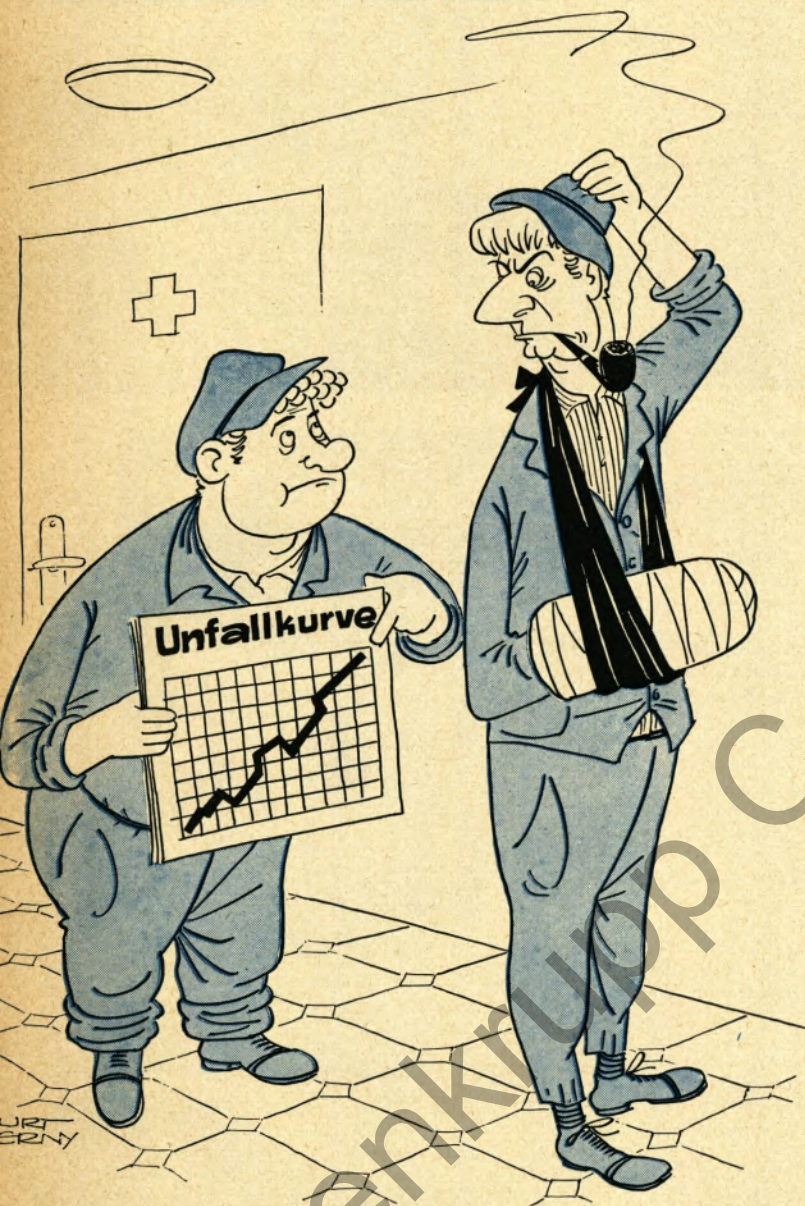
P. E., Eisenhütte

Was geschieht dann?

Ich habe mit großem Interesse den Bericht „Einbruch zwecklos“ in der letzten Ausgabe der Werkzeitschrift gelesen. Nach den Ausführungen zu urteilen, werden die Geldschrankknacker wohl gar nicht erst auf den Geschmack kommen, sich bei uns bereichern zu wollen. Aus dem Bericht geht hervor, daß sowohl der Werkschutz als auch die Polizei herbeigerufen werden, wenn ein Unbefugter sich an der Notrufanlage zu schaffen macht. Ich habe nun dazu einige Fragen, die ich mir hoffentlich beantworten können. Zunächst einmal: Wie kann das Werk selbst den Tresor öffnen, wenn jede Berührung der Anlage zum Alarm führt? Wer darf den Tresor betreten? Und: Wenn die Ausgänge der Hauptverwaltung bei einem Alarm besetzt sind, darf dann wirklich niemand mehr heraus oder herein? Ich meine die Angestellten haben doch freien Weg?

R. M., Blechwalzwerk

Anm. d. Red.: Leider können nicht alle Fragen zufriedenstellend beantwortet werden, da aus verständlichen Gründen auch wir nicht alle Einzelheiten kennen. Zu Frage 1: Wie im Bericht angedeutet, läßt sich die Anlage teilweise durch einen bestimmten Vorgang kurzschalten. Wichtige Teile der Anlage halten auch bei geöffnetem Tresor die Verbindung mit der Polizei aufrecht. Das würde bedeuten, daß auch zu einem solchen Zeitpunkt ein Überfall erfolglos bliebe, zumal der Werkschutz die Zugänge zum Tresor besetzt hält. Zu Frage 2: Nur ganz wenige Angestellte dürfen die Anlage außer Betrieb setzen. Das geschieht aber jeweils unter den Augen des Werkschutzes. Zu Frage 3: Nein, auch bestens bekannte Angestellte dürfen die Hauptverwaltung bei einem Alarm weder betreten noch verlassen. Der Werkschutz hat dann sogar das Recht, handgreiflich einzuschreiten.



Wattelbuck: „Kerl, Hein, wo hasse dich denn bloß so lange rumgetrieben? Man hat dich ja 'n halbes Jahr nich mehr gesehen! Ich hab mir schon Sorgen um dich gemacht. Isset denn mit deinem Arm so schlimm gewesen, datte nich mal mehr laufen konnt'st? Hätt's dich ja wenigstens mal hier vorstellen können!“

Piepenhein: „Als ich kommen wollte, da ging dat mit den Bläschen los. Meinste, da bin ich noch einen Schritt vor die Tür gegangen? Nee, mein Lieber, schlimmer Arm und dann noch die Pöckchen, dann lieber drei Tage kein Schluck Bier.“

Wattelbuck: „Dat sieht dir ähnlich. Vor so'n paar Pickel im Gesicht und anne Hände hab'ter Manschetten wie die Tienagers vor 'ne Maus. Aber wenn um euern ganzen Kopp geht, dann hab'ter Tomaten oder Knöpfe aufe Augen, sobald'er durch 'en Betrieb zockelt.“

Piepenhein: „Red' doch nicht immer so geschwollen, als hätt'ste grade dein Abitur gemacht.“

Wattelbuck: „Immer langsam mitti jungen Pferde. Mal'n Augenblick herhören, du Besserwisser. Hasse dir schomal die Unfallkurve von unserm Betrieb angekuckt? Nee, wat? Dat hab ich mir denken können. Sonst hasse deine Nase immer überall zwischen, aber die wichtigsten Dinge kuxe nich an. Weißte wat? Nimm den Zettel mal mit nach Hause, und da studiere'n mal in Ruhe.“

Piepenhein: „Wozu dat denn?“

Wattelbuck: „Den Grund merke beim Lesen. Aber eins kann ich dir schon gezz sagen: Erfreulich is die Lektüre nich!“

Piepenhein: „Bangemachen gilt nich!“

Wattelbuck: „Gilt aunich! Solls ja auch bloß wat draus lern'n. Und wenne merks, datte selbst so'n kleinet Stückken inne Unfallkurve bist, dann hasse schon genug gelernt!“

Gute Gedanken bringen uns vorwärts

Der Oktober brachte das Werk Gelsenkirchen auf dem Gebiet des betrieblichen Vorschlagswesens einen bedeutenden Schritt nach vorn. Die Mitarbeiter reichten so viele Verbesserungsvorschläge ein, daß der Bewertungsausschuß mit einer wie üblich dreistündigen Sitzung nicht mehr auskam und deshalb im Oktober zweimal zusammengetreten ist. Die Zahl der eingereichten Verbesserungsvorschläge stieg von einem Monat zum anderen um mehr als das Doppelte. Diese Entwicklung verdient, daß sie besonders hervorgehoben wird.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1957/58 waren 51 Vorschläge eingegangen, das sind etwa vier Vorschläge im Monat. Wesentlich anders wird das Bild nach Ablauf dieses Jahres sein; denn die Einsendungen stiegen von sechs im August und neun im September auf 22 im Oktober an.

Von den von Oktober 1957 bis September 1958 eingereichten Vorschlägen wurden 30 mit einer Geldprämie im Gesamtwert von 1680,— DM bedacht. Das sind im Durchschnitt 56,— DM je Einsender. Neun Einsender erhielten eine Buchprämie oder Sicherheitsschuhe.

Der Eisendrahtzug beteiligte sich erfreulicherweise besonders stark am betrieblichen Vorschlagswesen. Auch aus der Verzinkerei ist eine beachtliche Zahl von Vorschlägen eingegangen. Es folgen die Betriebe: Seilerei, Härterei, Mechanische Werkstatt, Fahrbetrieb, Mehrfachzug. Vier Vorschläge wurden von Angestellten eingereicht. Mit einer Beteiligung von einem bis zwei Vorschlägen folgen: Stahlzug, Stahldrahtlager, Walzendreherei, Walzwerk, Baustahl, Elektrowerkstatt, Kaltwalze und das Eisenlager.

Diese Entwicklung des betrieblichen Vorschlagswesens im Werk Gelsenkirchen ist beachtlich. Es zeigt aber auch, daß das Vertrauen von seiten der Vorgesetzten und seiner sachlichen Bewertung gestiegen ist.

„Man muß nur Bescheid wissen“, sagte ein Kollege; und nachdem er die erste Prämie bekommen hatte, reichte er öfter mal einen Vorschlag ein; denn er brauchte Geld für sein Steckpferd. Hier war seine Geldquelle. Darüber hinaus wurden die Vorgesetzten auf ihn aufmerksam. Mit einer Ernennung zum Vorarbeiter darf der Kollege in Kürze rechnen.

„Man muß nur Bescheid wissen“, hatte der Kollege gesagt, und seitdem ist er ein anderer Mensch geworden, ein Mitarbeiter im Betrieb, dessen positive Haltung anerkannt wird. Seine Stellung zur Arbeit ist eine andere geworden, an der auch seine Familie freudig Anteil nimmt. Es wäre ein Idealzustand, wenn alle Kollegen so denken würden oder könnten. Wir wollen allen den Weg dazu zeigen. Das Bücken, um das Eisen aufzuheben und es zu bearbeiten, muß dem Einzelnen überlassen bleiben. Möglichkeiten gibt es genug.

Da wären zunächst die Vorschlagsformulare zu nennen. Diese sind bei der Abteilung Arbeitsschutz oder bei dem Betriebsrat erhältlich. Der Vorschlag kann aber auch formlos im Arbeitsschutz oder bei einem Mitglied des Bewertungsausschusses abgegeben oder in die Vorschlagskästen an den Werkstoren eingeworfen werden.

Zum Bewertungsausschuß gehören 10 Personen: Wagner, Siute, Lubs, Schmachtenberg, Lütfcke, Mühler, Koch, Altmann, Taeschner und Kaempf aus Oberhausen. Die Federführung liegt nach der Regelung im Gelsenkirchener Werk unter der Leitung des Sicherheitsingenieurs.

Was kann vorgeschlagen werden? Alles, was Zeit erspart oder Material, Energie, Organisationsmittel, Reparatur- und Wiederbeschaffungskosten, alles, was die Qualität des Erzeugnisses verbessert, die Unfallgefahr im Betrieb verringert, die Arbeitsbedingungen erleichtert, das Sozialwesen und das Gesundheitswesen fördert; alles, was die Ordnung und Sauberkeit im Betrieb fördert, was Spannungen zwischen Betriebsangehörigen beseitigt und vieles mehr.

Der Vorschlag braucht nur den Wortlaut zu enthalten, er kann aber auch mit einer Zeichnung versehen werden. Das ist in vielen Fällen wünschenswert, aber es muß nicht sein.

Es gibt Vorschläge, die sitzen im Kopf oder lagern in der Werkzeugkiste, aber da sollen sie nicht verstauben. Der Vorgesetzte wird nicht erobert sein und es als einen Eingriff in seinen Bereich ansehen. Da er auch nur einen Arbeitstag mit einer begrenzten Stundenzahl hat, kann er nicht alles sofort aufgreifen. Termine und das Tempo des Arbeits-

ablaufes nehmen ihn ganz in Anspruch. Jeder ist ihm also ein wünschenswerter Mitarbeiter. Die Kollegen werden natürlich nicht neidisch sein, sondern sich freuen, daß aus ihrem Arbeitsbereich wieder ein Vorschlag hervorging.

„Gute Gedanken bringen uns vorwärts.“ Denken Sie an diesen Wahlspruch! Sie selbst kommen durch einen guten Vorschlag voran.

Sie erhalten eine Prämie, vielleicht auch eine Nachprämie. Sie können sich etwas leisten, was Sie sich schon lange wünschen. Vielleicht ist es ein Fachbuch oder ein elektrischer Rasierapparat, vielleicht ein Fotoapparat oder ein Fernsehgerät. Sie mußten bisher den Wunsch oft zurücktreten lassen, weil wichtigere Dinge notwendig waren, aber jetzt ... haben Sie gesehen, wie sich ein Vorschlag auf Ihr eigenes Leben auswirkt. Auch für Ihr Leben im Betrieb kann er bedeutsam sein.

Darum: Schimpfen Sie nicht, wenn Ihnen im Betrieb etwas nicht gefällt, sagen Sie uns, wie man es besser macht! Denken Sie mit, arbeiten Sie mit in unserem betrieblichen Vorschlagswesen!

Wagner, Gelsenkirchen

Glückstrommel drehte sich zum drittenmal

Im Rahmen des Unfallschutz-Prämiensystems fand in Oberhausen und Gelsenkirchen die dritte Quartalsverlosung von Sicherheitsschuhen statt. In Oberhausen wurden wie bisher von drei Betriebsbereichen die Meistergruppen in die Verlosung einbezogen, die einen wesentlichen Anteil am Rückgang der Unfallzahlen hatten. Das sind: 1. Block- und Profilwalzwerk mit den Prämiengruppen Kolodziej, Ingensand, Pohl und Heck. 2. Blechwalzwerk mit den Gruppen Kürten, Krukowski, Kraus, Stein II und Wirth. 3. Maschinenbetrieb Hochöfen mit den Gruppen Althaus, Nageldinger, Lang I, Hans und Evers.

Unter den 776 Mitarbeitern dieser Betriebsbereiche wurden 261 Paar Sicherheitsschuhe ausgelost. Jeder dritte Kollege erhielt demnach ein Paar. — Es ist besonders zu erwähnen, daß die Meistergruppen Pohl und Heck bisher an jeder Verlosung beteiligt waren, so daß die Angehörigen dieser Gruppen jetzt alle Sicherheitsschuhe gewonnen haben.

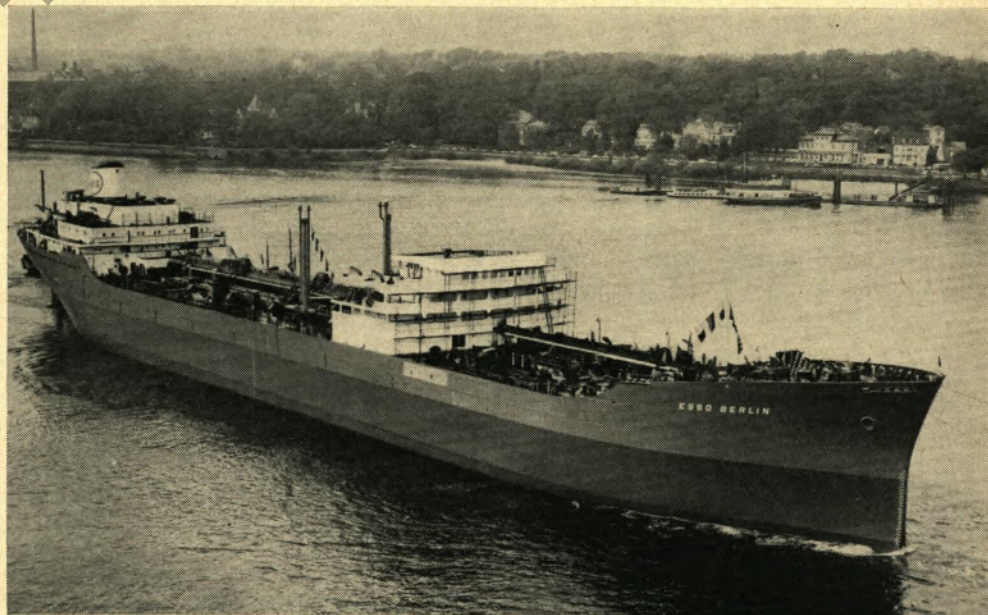
In Gelsenkirchen kamen wieder zwei Kühlschränke zur Verlosung. Als beste Prämiengruppe wurde das Walzwerk (Sander/Unkel) ermittelt. Hier fiel der Gewinn an Karl Kruggel. Der zweite Kühlschrank wurde unter den Kollegen der besten Gruppen, nämlich Eisendrahtlager, Schreineri und Stangenrichterei, der Prämienklasse 2 und 3 verlost. Das Los in Form einer Prämienkarte trug den Namen Walter Marienfeld (Stangenrichterei).

Die Verlosung der Sicherheitsschuhe fand einige Tage früher unter den Kollegen der Prämiengruppen Walzwerk, Eisendrahtlager und Walzendreherei/Labor statt. Diese Prämiengruppen wurden aus den Betriebsbereichen ausgelost, die sowohl im dritten Quartal 1957 als auch 1958 unfallfrei gearbeitet haben.

Der Arbeitsschutz hofft, daß es weiteren Prämiengruppen gelingt, ihre Unfallzahlen zu senken, damit sie an der letzten Verlosung dieses Jahres teilnehmen können.

„ESSO BERLIN“

aus Oberhausener Stahl



Bei der Deutschen Werft in Hamburg, einem Konzernunternehmen des GHH-Aktienvereins, lief am 20. Oktober der 36000-Tonnen-Turbinentanker „Esso Berlin“ vom Stapel. Das bisher größte unter deutscher Flagge fahrende Handelsschiff, das unser Bild kurz nach dem Stapellauf zeigt, wurde ausschließlich aus Oberhausener Grobblechen gebaut. Der regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, war zur Taufe des großen Schiffes in Hamburg. Die „Esso Berlin“ tritt bereits am 22. November ihre Jungfernfahrt nach Venezuela an.

Tempoarbeit an der »Blauen Brücke«

Unter dem Druck der Zeit wurde am Sonntag, dem 26. Oktober, an der „Blauen Brücke“ über den Kanal hinter dem Blechwalzwerk in der Restgasleitung, die das Werk mit der Ruhrchemie verbindet, ein Rohrstück ausgewechselt. Diese Arbeit wurde erforderlich, weil die Rohrleitung in der Fluchlinie der geplanten Eisenbahnbrücke der Strecke Oberhausen West—Bottrop—Dorsten—Rheine liegt. Während dieser Arbeiten wurden unsere sonst durch die unterbrochene Leitung mit Restgas versorgten Betriebe durch eine zweite Gasleitung gespeist, die unser Werk an die Kokereien der Zechen Osterfeld und Jacobi anschließt. — Die Bilder zeigen den Hergang der Arbeiten. Mit Steckscheiben wurde die Gasleitung vor und hinter der Baustelle abgesperrt, anschließend das tote Rohrstück mit Stickstoff durchblasen, bis die entnommenen Proben bewiesen, daß kein Gasrest mehr in der Leitung vorhanden war. Jetzt erst durfte mit Schneidbrennern ge-

arbeitet werden. Das gerade Zwischenstück ließ sich ohne Schwierigkeiten heraustrennen. Auch die Einpassung des neuen Rohrbogens verlief reibungslos. Nachdem das Zwischenstück wieder eingefügt war, mußte noch einmal Stickstoff eingeblasen werden, um die möglicherweise beim Schweißen in die Leitung gefallenen glühenden Funken auszulöschen. Kurz darauf konnte die Gasversorgung durch diese Leitung wieder aufgenommen werden. — In diesem Zusammenhang dürfte es interessant sein, daß die Pläne für den Bau der neuen Eisenbahnbrücke nicht aus der jüngsten Zeit stammen. Auf der Nordseite des Kanals steht schon seit einigen Jahrzehnten ein Widerlager für die Brücke, die in den Bauzeichnungen als „Rote Kurve“ gekennzeichnet ist. Die Pläne für den Bau der Eisenbahnbrücke liegen schon seit der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bei der Reichs- bzw. Bundesbahn. Inzwischen ist mit dem Bau des zweiten Widerlagers begonnen worden.



Der entscheidende Augenblick ist gekommen: Ein Schienenkran hebt den fünf Tonnen schweren neuen Rohrbogen in die soeben geschaffene Lücke in der Restgasleitung, die für einige Stunden außer Betrieb ist.



Hier wird Millimeterarbeit geleistet, denn auf beiden Seiten muß der Rohrbogen gleichzeitig eingepaßt werden. In diesem Augenblick kommt es auf ein gutes Zusammenspiel aller Mitarbeiter mit dem Kranführer an.



Es hat geklappt: Der neue Rohrbogen paßte haargenau in die Lücke. Nach dem Verschweißen wurde noch einmal wie vor Beginn der Montage Stickstoff durch die Leitung eingeblasen, ehe sie dem Betrieb übergeben wurde.

Wichtiges über den Scheck

Der Belegschaft des Werkes Gelsenkirchen wird, wie schon in der vorletzten Ausgabe berichtet, seit dem 15. November dieses Jahres der Lohn bargeldlos auf Scheckkonto bei der Stadt-Sparkasse überwiesen. Wir nehmen dies zum Anlaß, um an dieser Stelle noch einmal auf einige scheckrechtliche Richtlinien aufmerksam zu machen.

Grundsätzlich ist der Scheck — im Juristendeutsch gesprochen — ein Wertpapier und stellt eine Anweisung an ein Geldinstitut dar, dem Überbringer eine bestimmte Geldsumme zu Lasten des eigenen Guthabens auszuzahlen. Doch wollen wir versuchen, hier einige Grundzüge des Scheckrechts allgemeinverständlich darzustellen, und dabei was die Form und Ausstellung des Schecks betrifft, jedoch möglichst systematisch vorgehen; am besten geschieht dies, wenn man einmal die sechs wesentlichen Bestandteile des Schecks aufzeigt:

- 1 Die Bezeichnung als Scheck im Text der Urkunde. Doch das ergibt sich schon durch den Aufdruck „Zahlen Sie gegen diesen Scheck aus meinem Guthaben“.
- 2 Die unbedingte Anweisung, eine bestimmte Geldsumme zu zahlen. Das bedeutet, daß die auf dem Scheckformular vorgesehenen Rubriken für die Eintragung des Geldbetrages sorgfältig

ausgefüllt werden müssen, und zwar in Ziffern sowie in Buchstaben. Ergibt sich dabei eine Abweichung, so gilt die in Buchstaben angegebene Summe.

- 3 Die Angabe des Bezogenen, was sich durch den Aufdruck „Stadt-Sparkasse Gelsenkirchen“ ohnehin aus dem Scheckformular ergibt. (Grundsätzlich kann ein Scheck nur auf eine Bank gezogen werden [in unserem Falle ist es die Stadt-Sparkasse Gelsenkirchen], bei der der Aussteller ein verfügbares Guthaben hat.)
- 4 Angabe des Zahlungsortes. Da ein solcher nicht besonders angegeben ist, gilt nach dem Scheckgesetz der Sitz der Stadt-Sparkasse Gelsenkirchen.
- 5 Tag und Ort der Ausstellung müssen auf dem Scheck angegeben sein. Fehlt die Angabe des

Ausstellungsortes, so gilt der Scheck an dem Ort ausgestellt, der eventuell bei dem Namen des Ausstellers vermerkt ist. Fehlt auch diese Ortsangabe, so ist der Scheck ungültig. Die Angabe des Ausstellungstages ist ebenfalls unerlässlich.

- 6 Unterschrift des Ausstellers. Der Scheck muß von dem Aussteller handschriftlich unterzeichnet sein. Fehlt die Unterschrift, so ist der Scheck nichtig. Ist die Unterschrift des Ausstellers gefälscht, so liegt im übrigen doch ein wirksamer Scheck vor. Dies zu wissen ist wichtig, denn es empfiehlt sich, bei Verlust eines Schecks oder gar des ganzen Scheckheftes unverzüglich die Sparkasse in Kenntnis zu setzen und die Papiere sperren zu lassen.

Will man die Barauszahlung — um eine mißbräuchliche Verwendung des Schecks zu verhindern — ausschalten, so wird einfach der Vermerk „Nur zur Verrechnung“ auf die Vorderseite des Scheckformulars (vgl. Abbildung Ausg. 19/58) gesetzt. Der auf dem Scheck angegebene Betrag wird dann dem Konto des Empfängers gutgeschrieben. Voraussetzung ist allerdings, daß der Empfänger über ein Konto bei der betreffenden Bank oder Sparkasse verfügt.

Um sich selbst Unliebsamkeiten zu ersparen, ist es angebracht, den Stand des eigenen Kontos im Auge zu behalten. Dadurch wird vermieden, daß Schecks ausgestellt werden, die von der bezogenen Stelle wegen Fehlens der Deckung nicht eingelöst werden können. Die Ausstellung ungedeckter Schecks in betrügerischer Absicht ist strafbar!

WERK OBERHAUSEN

Geburten:

20. 9.:
Hans Vink, Sohn Hans Peter

21. 9.:
Alfred Müller, Sohn Klaus; Heinrich Roes, Sohn Uwe

30. 9.:
Paul Ochwat, Sohn Gerhard

4. 10.:
Friedhart Steiner, Sohn Burkhard

5. 10.:
Heinz Dahmann, Tochter Birgit; Horst Rautenberg, Sohn Horst

6. 10.:
Paul Becker, Sohn Peter

7. 10.:
Günter Buse, Tochter Marion; Rudolf Reckort, Sohn Karl-Heinz; Werner Saubke, Sohn Burkhard

8. 10.:
Josef Jansen, Sohn Volker; Heinrich Maes, Sohn Uwe; Hermann Schöneis, Tochter Silvia

9. 10.:
Ulrich Ramm, Tochter Heike

10. 10.:
Fritz Landers, Tochter Elke

11. 10.:
Alfred Berniff, Tochter Jutta

13. 10.:
Ferdinand Finkeldey, Sohn Achim; Friedhelm Weyer, Sohn Uwe; Karl Zagorny, Sohn Karl

15. 10.:
Paul Dronzkowski, Sohn Herbert; Alfred Gall, Tochter Kornelia; Paul Lutz, Tochter Margret

16. 10.:
Rudolf Niemerg, Sohn Klaus; Rudolf Vollmayer, Tochter Ursula

17. 10.:
Hermann Holzapfel, Sohn Holger

18. 10.:
Erich Walter, Tochter Petra

19. 10.:
Friedrich Kriewel, Tochter Angelika

20. 10.:
Heinz Gerritzen, Tochter Lillian; Werner Meyer, Sohn Joachim; Bruno Müller, Sohn Jörg

21. 10.:
Helmüt Bonni, Tochter Gisela; Wilhelm Hutzel, Tochter Gabriele

23. 10.:
Otto August, Sohn Frank; Hermann Vennemann, Sohn Michael

26. 10.:
Hubert Jansen, Tochter Hannelore; Wilhelm Jarek, Tochter Monika

28. 10.:
Hermann Bergendahl, Tochter Karin

29. 10.:
Egon Wendt, Sohn Rüdiger

30. 10.:
Harry Kosanke, Tochter Heidi

31. 10.:
Heinrich Leenen, Sohn Peter

2. 11.:
Günther Spors, Sohn Dietmar

3. 11.:
Fritz Neumann, Tochter Petra

Eheschließungen:

3. 10.:
Friedrich Lehmen mit Margarete Pietzonka; Reinhold Schmitz mit Margot Wagner

6. 10.:
Adolf Lüdde mit Gertrude Stezka

10. 10.:
Bernhard Schwanke mit Elke Schmidt

11. 10.:
Heinrich Jacobs mit Erika Mutig; Leo Pieta mit Margarete Riedel; Friedhelm Rientsch mit Ingrid Reimann

13. 10.:
Wilhelm Hupfeld mit Hannelore Präse

14. 10.:
Ludwig Durban mit Helene Hahnen

17. 10.:
Hermann Rapecki mit Helga Wolf

18. 10.:
Walter Strelzik mit Elisabeth Ricken

25. 10.:
Herbert Kreuzels mit Christel Gendera

27. 10.:
Wilhelm Rheinberger mit Gisela Schlaak

28. 10.:
Dieter v. d. Kolk mit Margarete Plafmann

WERK GELSENKIRCHEN

Geburten:

4. 10.:
Johann Dombrowski, Tochter Hildgard

5. 10.:
Karlheinz Rex, Tochter Brigitte

7. 10.:
Werner Beckmann, Tochter Christiane

13. 10.:
Kurt Kurek, Sohn Detlev

26. 10.:
Hermann Treutler, Tochter Doris

Unsere Jubilare im November

50jähriges Dienstjubiläum:

Heinrich Emschermann, Walzendreherei

40jähriges Dienstjubiläum:

Karl Bachmann, Elektrischer Betrieb
Johann Becker, Maschinenbetrieb
Stahl- und Walzwerke

Friedrich Dicke, Maschinenbetrieb
Stahl- und Walzwerke

Johann Dietrich, Maschinenbetrieb
Hochöfen

Johann Kokoschewski, Walzwerke
Zurichterei

Josef Nowak, Belegschaftsfürsorge
Karl Reinders, Maschinenbetrieb
Hochöfen

Wilhelm Sense, Block- und Profilmalzwerke

Peter Zirwes, Baubetriebe

25jähriges Dienstjubiläum:

Josef Haferkamp, Maschinenbetrieb
Stahl- und Walzwerke

Wilhelm Janoha, Hochöfen

Wilhelm Klaassen, Abteilung Verkehr

Josef Vogt, Stahlwerke

Rudolf Wagner, Block- und Profilmalzwerke

† Sie gingen von uns

2. 9.:
Peter de Mari, Pensionär

25. 9.:
Paul Weber, Pensionär

26. 9.:
Johann Jakobi, Pensionär

28. 9.:
August Pollender, Pensionär

30. 9.:
Peter Vogt, Pensionär

2. 10.:
Richard Lieder, Werk Gelsenkirchen

4. 10.:
Bernhard Obberg, Pensionär;
Valentin Zimmer, Maschinenbetrieb
Stahl- und Walzwerke

6. 10.:
Peter Dietz, Pensionär;
Wilhelm Haferkamp, Pensionär

14. 10.:
Albert Hüser, Pensionär;
Paul Peschke, Stahlwerksbüro

16. 10.:
August Reitzmann, Pensionär

17. 10.:
Paul Krawitzki, Werk Gelsenkirchen

21. 10.:
Wilhelm Hurtz, Abteilung Verkehr

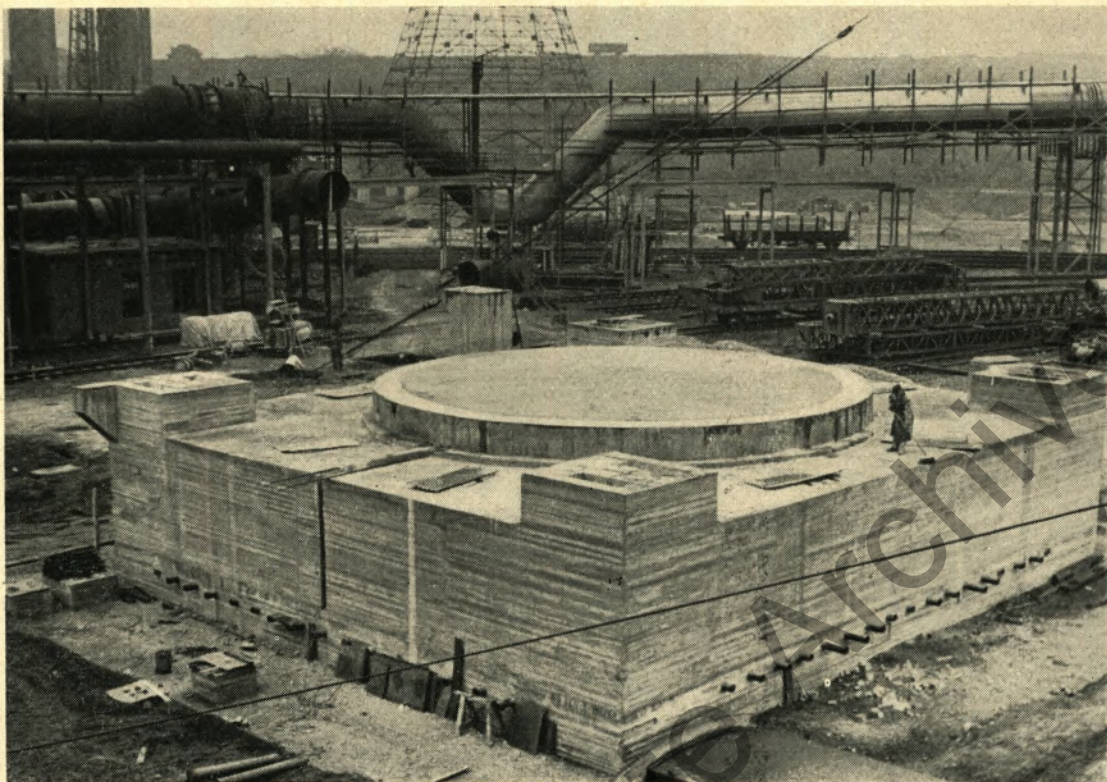
27. 10.:
Wilhelm Faust, Block- und Profilmalzwerke

28. 10.:
Heinrich Stöckmann, Abteilung Verkehr

30. 10.:
Gerhard Heiermann, Maschinenbetrieb Hochöfen

Den Mittelpunkt der Baustelle auf EO II bildet der werdende Hochofen „A“ mit einem Gestelldurchmesser von 8,5 Metern. Der Kreis stellt den Unterbau für den Ofenmantel dar.

Am oberen Rand des Wasserbehälters ist dieses Bild entstanden: die beiden Schweißer treffen die letzten Vorbereitungen für das Hochwinden des Wasserbehälters, der inzwischen als mächtiges Haupt über dem schlanken Turm montiert worden ist. Am Erdboden unten entstehen die Anlagen der neuen Winderhitzer. Vorn wird die Verschalung für ein Kaminfundament gezimmert, im Anschluß daran erstreckt sich der Rauchgaskanal. Die im Hintergrund liegenden „Mühlräder“, vom Fachmann Schablonen genannt, dienen beim Abstützen der Verschalung des Rauchgaskanals. Am oberen Bildrand ist außerdem die Baustelle der Erzfaschen und des Schrägaufzugs zu erkennen.



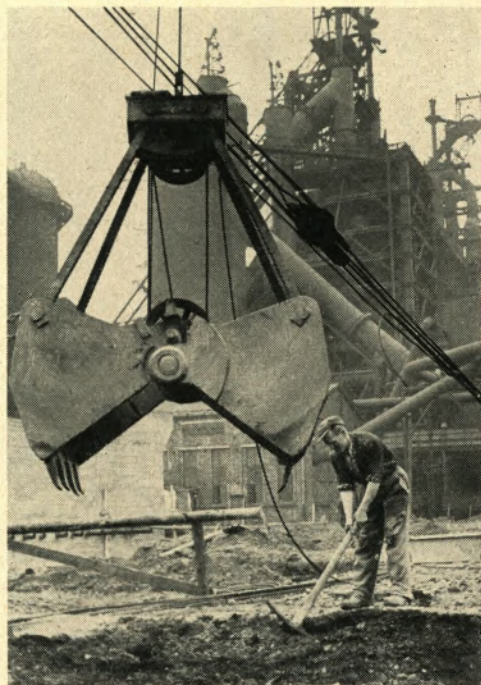
HOCHOFEN A

Die Baustelle unseres neuen Hochofens, der die Bezeichnung »A« erhalten hat, beginnt allmählich Gesicht zu bekommen. Zur Errichtung eines Hochofens gehört bekanntlich nicht allein der Ofen selbst, sondern eine Unzahl zusätzlicher Einrichtungen, die sich organisch um den Mittelpunkt »Ofen« herumgruppieren müssen. Unser Fotograf hat die Baustelle einmal durchquert und die Bilder auf dieser Seite besonders interessant gefunden. Sie — und unser Titelbild — zeigen, wie die Arbeiten auf unserer wichtigsten Baustelle voranschreiten.



▲ Von der Höhe des Wasserturms stieg unser Fotograf in den tiefen Keller hinab. Hier verlegen Eisenflechter die Betonbewehrungen aus Torstahl für Rauchabzugkanal und Winderhitzer-Fundamente.

Der Wasserturm wirkte lange Zeit wie ein umgestülpter Stopfpilz. Inzwischen hat der hoch oben im Turm montierte Kran den Wasserbehälter „gezogen“, wie das Hochwinden einer Last genannt wird.



▲ Auf der Baustelle auf EO II wachsen überall Fundamente aus dem Boden, trotzdem sind die Erdarbeiten noch nicht abgeschlossen. Das letzte Bild zeigt Vorbereitungen beim Neubau der Abstichbühne.